



Themen der Woche Nr. 17/129

1. Belegausgabepflicht
2. Impfrecht für Apotheker
3. Ultrafeinstaubmessungen
4. Bundesrat: Organspendebereitschaft – Förderung des ÖPNV – Dauerblinklichter an Windrädern



1. Belegausgabepflicht

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/11150 -

Bis zum Abfragestichtag 15. Januar 2020 sind bei den rheinland-pfälzischen Finanzämtern **251 Anträge auf Befreiung** von der Belegausgabepflicht eingegangen, teilt die Landesregierung in ihrer Antwort mit. Die meisten Anträge seien vom Einzel- und Großhandel (einschließlich Apotheken und Handel mit Backwaren) eingegangen (83 Anträge), 63 Anträge habe das verarbeitende Gewerbe (Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln einschließlich Backwaren sowie Schmuck, Gold- und Silberschmiedewaren) eingereicht.

Von den eingegangenen 251 Befreiungsanträgen seien bis zum Abfragestichtag 180 Anträge abschließend bearbeitet worden. In keinem Fall sei bisher die Befreiung von der Belegausgabepflicht bewilligt worden. Die in den Anträgen genannten Gründe hätten für eine Bewilligung von Erleichterungen nicht ausgereicht.

2. Impfrecht für Apotheker

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/11067 -

Die rheinland-pfälzische Landesregierung begrüßt die aktuelle Initiative der Bundesregierung, die **Impfbereitschaft** der Bevölkerung zu stärken. Dies betont sie in ihrer Antwort. Außerdem befürwortet die Landesregierung die vorgesehenen Modellvorhaben zur Grippeimpfung in Apotheken.

Um zukünftig **Versorgungsengpässe** hinsichtlich Grippeimpfstoffen zu vermeiden, seien bereits im Frühjahr bei einem Runden Tisch zu Grippeimpfstoffen in Rheinland-Pfalz Eckpunkte beschlossen worden, um unter anderem flexibler auf die jeweilige Nachfrage reagieren zu können.

3. Ultrafeinstaubmessungen

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/11061 -

Feinstaubmessungen sind seit vielen Jahren Bestandteil der lufthygienischen Überwachung in den EU-Mitgliedstaaten, so die Landesregierung. Bei der Bewertung der Belastungssituation für den **Flughafen Frankfurt/Main** stützt sich die Landesregierung auf die Messungen und Auswertungen des Hessischen Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG). Im aktuellen 2. Zwischenbericht wird aufgezeigt, dass es zu einem **Anstieg der Partikelanzahl** in Abhängigkeit von der Windrichtung und des Abstandes zur Quelle kommt. Liege die betreffende Messstation in Windrichtung zum Flughafen, erhöhten sich die Werte. Dies gelte aber für jede große Punkt- oder Flächenquelle, wie z. B. ein Kraftwerk, ein Industriegebiet oder eine verkehrsbelastete Stadt. Der Einfluss des Großflughafens beschränke sich dabei auf einen Radius von 7 bis 8 km (Mainz ist Luftlinie 22 km von Flughafen entfernt). Dabei seien die Beiträge an ultrafeinen Partikeln, die direkt vom Flughafengelände (Bodenbetrieb) ausgingen, größer als die, die von den Anflugkorridoren (Flugbetrieb) verursacht würden.

Messungen ohne geltende Grenzwerte und Verfahren auf EU-/Bundesebene – wie im Fall Ultrafeinstaub – können jedoch keinerlei Maßnahmen bewirken, die zur Verringerung der Belastungen durch den Straßen-, Flug- oder Bahnverkehr führen, betont die Landesregierung. Für die Anordnung von Maßnahmen würden die zuständigen Stellen jedoch auch entsprechende Rechtsgrundlagen der Europäischen Kommission und des Bundes benötigen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt würden weder von der EU-Kommission noch von der WHO Messverpflichtungen zu Ultrafeinstäuben, die über die bestehende Feinstaubüberwachung hinausgehen, als erforderlich und sinnvoll angesehen.

4. Bundesrat: Organspendebereitschaft – Förderung des ÖPNV – Dauerblinklichter an Windrädern

BundesratKOMPAKT vom
14.02.2020

In seiner letzten **Sitzung am 14. Februar 2020** behandelte der Bundesrat 64 Tagesordnungspunkte. 13 Gesetze hat der Bundesrat in der ersten Sitzung des neuen Jahres gebilligt – sie können nun wie geplant in Kraft treten.

Regelmäßige Information und Aufklärung zur Organspende

Um die Zahl der Organspenden zu erhöhen, hat der Bundesrat das vom Bundestag beschlossene Gesetz gebilligt. Es sieht vor, dass Bürgerinnen und Bürger künftig regelmäßig nach ihrer **Organspendebereitschaft** gefragt werden (zum Beispiel durch die Ausweisstellen von Bund und Ländern) und Informationsmaterial ausgehändigt bekommen. Hausärzte sollen ihre Patienten ebenfalls regelmäßig darauf hinweisen, dass sie sich für eine Organspende entscheiden können.

Förderung für Regionalbahnen und den ÖPNV

Die Bundeshilfen für den öffentlichen Personennahverkehr werden **aufgestockt**. Der Bundesrat hat den vom Bundestag beschlossenen Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes grünes Licht erteilt. Außerdem bekommen die Länder mehr Geld für die **Regionalbahnen** (öffentlicher Personennahverkehr auf der Schiene): Der Bundesrat hat einer entsprechenden Änderung des Regionalisierungsgesetzes zugestimmt.

Neu vorgestellt wurden zahlreiche Vorschläge aus den Ländern: zur Registrierungspflicht für Nutzerdaten in sozialen Netzwerken, zum „Marktortprinzip“ für effektivere Strafverfolgung von Hasskriminalität, zur besseren Absicherung von Pauschalreisen im Insolvenzfall, Vermeidung von Lieferengpässen bei Medikamenten sowie einer erweiterten Pfandpflicht auf Getränkeverpackungen.

Weiter hat der Bundesrat der allgemeinen **Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Lufthindernissen** der Bundesregierung mit geringfügigen Änderungen zugestimmt. Danach dürfen die Lichter an Windrädern nur noch blinken, wenn sich tatsächlich ein Flugobjekt nähert. Die Einschränkung soll die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Ausbau der Windenergie erhöhen.

Keine Abstimmung gab es zu einem Antrag Berlins, Pyrotechnik beim Silvesterfeuerwerk verstärkt zu verbieten - die Vorlage wurde vertagt.